

Rettet die Dörfer

Gerhard Henkel

Im Vergleich zu 1950 werden die Dörfer immer leerer: an Menschen, an Arbeitsplätzen, an Schulen, Gasthöfen, Läden, Bankfilialen und neuerdings auch an Kirchen. Die Jugendlichen wandern ab, die Älteren bleiben allein zurück. Ein Teufelskreis von realen Verlusten und schlechter Stimmung prägt zehntausendfach das Dorfleben. Für viele Bewohner*innen und Beobachter*innen befindet sich das gegenwärtige Dorf eindeutig in einer Abwärtsbewegung. Nicht wenige sprechen von einer Existenzkrise des Dorfes. Nüchterne bis verzweifelte Weckrufe sind zu hören: „Wir haben doch keine Perspektive mehr!“

Das Dorf ist also in großer Gefahr. Weil es zunehmend Schwachstellen und Fehlentwicklungen aufweist. Weil es zu viele Ohnmachtsgefühle und zu viel Resignation in der Bürgerschaft und Kommunalpolitik auf dem Lande gibt – und zu viele falsche Weichenstellungen in den Zentralen von Politik und Gesellschaft. Angesichts gravierender Probleme fragen sich Politiker*innen, Expert*innen sowie Bürger*innen immer häufiger, ob und wie es überhaupt noch gelingen kann, das Dorf lebensfähig zu halten und zukunftsfähig zu machen.

Im Kontrast dazu sind aber auch unzählige Aktivitäten und Erfolgserlebnisse in den Dörfern zu beobachten, die verdeutlichen, dass noch längst nicht alles verloren ist. Generell hat das Dorf mit dem Wandel nicht nur vieles verloren, sondern auch Wertvolles gewonnen. Durch Bildung und Mobilisierung ist die Bevölkerung heute wohlhabender, liberaler und weltoffener – Dorfbewohner*innen sind Globetrotter geworden. Die ehemals schroffen Abgrenzungen und Anfeindungen zwischen sozialen Schichten, Katholik*innen und Protestant*innen oder Alt- und Neubürger*innen sind (fast) vorbei. Ländliche Lebensstile sind „in“, das Dorf wird grundsätzlich von seinen Bewohner*innen geliebt.

Was können und sollten Staat, Gesellschaft und Bürger*innen jetzt tun, um das Dorf ökonomisch, demografisch, sozial und kulturell lebensfähig zu halten?

Die Zukunft des Dorfes entscheidet sich auf zwei verschiedenen Ebenen: der „unteren“, konkreten des Dorfes, die überwiegend von seinen Bürger*innen und der Kommunalpolitik gestaltet wird, und ebenso wichtig: der „oberen“ in den urbanen Zentralen von Politik und Gesellschaft, wo ebenfalls direkt oder subtil Dorfentwicklung betrieben wird. Auf beiden Ebenen werden Weichen gestellt, gibt es Fehlentwicklungen und Versäumnisse. Im Folgenden sollen die wesentlichen Schwachstellen der Dorfentwicklung aufgezeigt sowie konkrete Strategien und Möglichkeiten des Umsterns präsentiert werden.

Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen das Dorf und die Gemeinde mit ihren Bewohner*innen und Politiker*innen. Es geht darum, was sie zur positiven Entwicklung des Dorfes in Zukunft tun können; es geht um gegenwärtige Schwächen, Versäumnisse und Fehlentwicklungen des Dorfes. Es geht aber auch um konkrete Beispiele und Ideen, wie in vielen Dörfern Deutschlands durch kommunale und bürgerschaftliche Aktivitäten dem Abwärtstrend getrotzt wird; wie Läden gerettet oder ein neuer Aufschwung durch innovative Bürgervereine angezettelt werden. Die Beispiele sollen anregen und aufwecken und Hoffnung machen, dass Stagnation und fehlendes Selbstbewusstsein nicht von Dauer sein müssen. Die positiven Initiativen und Aufschwungbewegungen zeigen aber auch klar, dass Bürger*innen und Kommunen in vielen Orten mehr als bisher tun können und müssen, um auch ihr Dorf aus einer weiteren Abwärtsspirale zu retten.

Das Dorf in Gefahr

Die Kraft des Dorfes liegt in seiner lokalen Kompetenz, seiner in Jahrhunderten gewachsenen und bewährten Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Die Entscheider*innen in der Bundes- und Landespolitik haben jedoch hunderttausendfach durch Gemeindeauflösungen diese demokratische Kultur des Dorfes beseitigt und setzen diese demokratiefeindlichen Diktate immer noch fort. Ganz aufgelöst wurde die Selbstverantwortung in über 20.000 deutschen Dörfern und Kleinstädten: Ihnen hat man durch „Gebietsreformen“ das demokratische Kraftzentrum mit Bürgermeister*in und Gemeinderat genommen und damit über 300.000 ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker*innen in Deutschland „entlassen“. Wo früher die marode Friedhofsmauer durch den*die Bürgermeister*in und den Gemeinderat in Augenschein genommen und zeitnah und kostengünstig saniert wurde, beginnt heute ein langwieriger und teurer Behörden- und Aktenmarathon mit mehrfachen Bereisungen von entfernten Kommissionen, in denen kein*e Dorfbürger*in mehr gefragt und gebraucht wird.

Die bisherigen Erfahrungen und zahlreiche neue Studien belegen: Gebietsreformen mit Kreis-, Gemeinde- und Pfarreiaufösungen bringen keine finanziellen Einsparungen. Die sozialen und demokratischen Kosten bzw. Verluste sind aber verheerend. Die Dorfbewohner*innen sehen, dass die für sie zuständigen Behörden und demokratischen Gremien immer weiter weg sind, dass sie immer geringere Chancen haben, gehört zu werden oder gar mitzuwirken. Sie fühlen, dass sich die Entscheidungszentralen in Bund und Ländern von ihrer lokalen Basis abgewendet haben, dass ihre Mitarbeit nicht mehr wertgeschätzt und gewünscht wird. Das Vertrauen der Bürger*innen gegenüber den zentralen Institutionen in Staat und Gesellschaft schwindet. Sie wenden sich ab, engagieren sich nicht mehr und resignieren. Die Zahl der Wutbürger*innen, Nicht- und Protestwähler*innen nimmt zu. Die Politik-, Demokratie- und Kirchenverdrossenheit auf dem Lande wächst. Wir dürfen die Dorf- und Gemeindeentwicklung nicht länger den zentralistischen Steuerungen und Diktaten von Raumordnung und Fachpolitiken überlassen.

Generell brauchen die ländlichen Kommunen mehr als bisher die Wertschätzung durch den Bund und die Länder. Sie erfahren zu viel Gängelung und Bevormundung durch kaum noch zu überschauende Vorschriften und Förderprogramme, mit denen man „die Fläche“ steuern und „beglücken“ will, die aber vor allem dem Machterhalt der Ministerien dienen. Sie brauchen also mehr Vertrauen in die Kompetenz der Kommunalpolitik, sie brauchen eine bessere Finanzausstattung, sie brauchen den Abbau von starren rechtlichen und planerischen Vorgaben und Hürden und damit vor allem mehr Freiräume für innovative, flexible und ortsbezogene Aufgaben- und Problembewältigung. Die Kommunen haben für die ganze Gesellschaft einen hohen Wert, weil die Politik nur hier mit dem*der Bürger*in – bei der Gestaltung des Wohnumfeldes – unmittelbar in Kontakt kommt. Hier besteht am ehesten die Chance, die allgemein ansteigende Politik- und Staatsverdrossenheit abzubauen.

Stadt und Land sind in ihrer Bedeutung gleichwertig. Das Land „liefert“ nicht nur hochwertige Kulturlandschaften, Wirtschaftsgüter und Lebensmittel, es bietet auch der Gesamtgesellschaft und damit auch den Großstädten eine alternative Lebensform, die durch vor- und fürsorgendes Denken und Handeln geprägt ist. Staat und Gesellschaft profitieren vom Austausch, vom Geben und Nehmen zwischen Stadt und Land, zwischen „oben“ und „unten“.

Das Land braucht den Respekt der Zentralen. Weil dieser allzu oft fehlt, brauchen wir dort ein Umdenken. Dringend! Lasst das Dorf leben und seine Kraft neu entfalten!

Sowohl die Bürger*innen als auch die Kommunen müssen wachsam und engagiert sein. Sie müssen sich ganzheitlicher und intensiver dem Gemeinwohl des Dorfes zuwenden. Bürger*innen und Kommunen müssen auf Augenhöhe und kooperativ miteinander umgehen, um Erfolg zu haben. Die Kraft des Dorfes liegt in der lokalen Kompetenz und der in Jahrhunderten gewachsenen und erprobten Regelungs-, Verantwortungs- und Anpackkultur seiner Bürger*innen.

Bedeutung der Vereine

Die Vereine gelten als ein „deutsches Erfolgsmodell der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation“. Ihre herausragende Rolle spielen die Vereine – von alters her und auch heute – im Gemeinschaftsleben des Dorfes. Ja, man übertreibt kaum, wenn man sagt: Das Dorf lebt wesentlich durch seine Vereine. Nachdem die Schulen und die Kirchen sich immer mehr aus den Dörfern zurückziehen, sind die Vereine hier zunehmend zum wichtigsten lokalen Bildungsträger aufgestiegen. In den Vereinen treten die jungen Menschen in die Öffentlichkeit, dort lernen sie die Grundregeln des Miteinanders. In Vereinen verbinden sich privates und staatliches Interesse und Handeln. Auch der Staat in Gestalt des Bundes und der Länder würdigt und unterstützt zunehmend das Engagement der Bürger*innen in den Vereinen durch Ehrenamtspreise und Ehrenamtscards sowie die Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale im Rahmen der Steuergesetze. Er kann aber noch viel mehr tun: zum Beispiel bürokratische Hürden abbauen, unter denen viele Vereine und Vorstände leiden.

Die sich heute in vielen Dorfvereinen zeigenden Defizite und Schrumpfungen haben sowohl gesamtgesellschaftliche Ursachen – wie Individualisierung, Mobilisierung und Ubiquität – als auch vereins- und dorfeigene Gründe. Die Stabilisierung oder Revitalisierung der Dorfvereine kann im Wesentlichen nur auf der Dorf- und Gemeindeebene erfolgen. Dies muss der dörflichen Bürgerschaft, aber auch den ländlichen Kommunen bewusst werden. Die Vereine brauchen also dringend mehr Aufmerksamkeit und Zuwendung, am besten regelmäßige persönliche Kontakte, damit sie erkennen, dass ihre Arbeit auch wirklich geschätzt und gewürdigt wird. Vonnöten ist eine neue und wirklich gelebte/praktizierte Anerkennungskultur. Diese stützt sich heute nicht mehr auf früher wichtige Begriffe wie Pflichterfüllung und Ehre, sondern darauf, dass die Vereine sinn- und wertvolle Dienstleistungen für die Gemeinschaft erbringen und zugleich auch vielen Bürger*innen die Möglichkeiten des Mitmachens und Mitgestaltens geben. Anerkennungs- und Mitmachkultur bedingen einander: Eine Beteiligungskultur, die auch das Mitüberlegen und Mitentscheiden einbezieht, schafft Akzeptanz und Anerkennung. Die Vereine schaffen mit ihren Vorständen die Vorleistungen und den Rahmen für eine möglichst breite und demokratische Mitmachkultur, die von den Bürger*innen und der Kommune geschätzt und unterstützt wird. Dies ist übrigens nicht nur eine Vision für eine ferne Zukunft, sondern in zahlreichen Vereinen und Dörfern bereits gelebte Praxis.

Das Dorf braucht lebendige Vereine. Die Vereine brauchen die stabile und stete Mitmachbereitschaft und Unterstützung durch seine Bürger*innen und die Kommune. Der große Mehrwert, den die Vereine für die Dorfgemeinschaft erbringen, kann nur durch ein ständiges Geben und Nehmen von möglichst vielen aufrechterhalten werden.

Bürgervereine

Seit etwa 10 bis 15 Jahren ist in Deutschlands Dörfern ein Gründungsboom von neuen „Bürgervereinen“ zu beobachten, die integrativ zwischen oder über den traditionellen Dorfvereinen angesiedelt sind. Sie übernehmen übergreifende gesamt-dörfliche Aufgaben und befassen sich mit Fragen und Problemen, die bisher neben den Spezialinteressen der bestehenden Vereine liegen geblieben waren. Wer kümmert sich um das anstehende Dorfjubiläum? Wer um den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“? Wer um die Fürsorge der älteren, gebrechlichen und alleinstehenden Menschen? Wer um die drohende Schließung von Schule, Kirche oder Gasthof? Wer um das leer stehende Baudenkmal? Wer um den vernachlässigten Bachlauf? Wer um den fehlenden Spielplatz? Wer um den Fortbestand der traditionellen Dorfkirmes? Wer beschäftigt sich intensiv mit der zukünftigen Entwicklung des Dorfes?

Die neuen Dorfvereine tragen meist schon aussagekräftige Namen: „Ollarried aktiv“, „Bürgerverein Upsprunge“, „Interessengemeinschaft Golzheim“, „Leben in Espeln“, „Förderverein Dorfkirche Altkünkendorf“, „Förderverein Unser Westheim“, „Unser Dorf hat Zukunft Schönstadt“, „Pro Fürstenberg“, „Eiskeller Hainding“, „Bürger Netzwerk Dedinghausen“, „Aufschwung Etteln“, „Wir für uns in Obervei-

schede“. Die neuen Bürgervereine entstehen meist bei konkreten Gefährdungen oder Verlusterfahrungen. Sie reagieren offenbar auch auf die verlorene kommunale Selbstbestimmung und übernehmen in gewisser Weise die Aufgaben der früheren Bürgermeister*innen und Gemeinderät*innen.

Beispiele Atteln

Ein typisches Beispiel, wo eine Dorfgemeinschaft ein von der Kommune aufgegebenes Infrastrukturangebot übernimmt, bietet das 1.500-Einwohner-Dorf Atteln. Im Jahr 2004 musste das ehemals kommunale Freibad aus finanziellen Gründen geschlossen werden. Die Bewohner*innen von Atteln wollten sich damit nicht abfinden und suchten intensiv nach Möglichkeiten, das Bad zu erhalten und zugleich attraktiver zu machen – für das Dorf und die ganze Umgebung. 500 Bürger*innen schlossen sich zu dem neuen Verein „Naturbad Atteln“ zusammen, man entwickelte ein Konzept und packte an – mit über 13.000 ehrenamtlichen Stunden. Es wurden drei Becken gebaut: eines mit Sprungturm und 25-Meter-Bahn für sportliche Ansprüche, eines für Nichtschwimmer und eines für Mütter/Väter mit Kleinkindern. Alle drei sind chlorfrei und werden ausschließlich von der Sonne beheizt. Das Dorf ist heute stolz auf sein Naturbad, das ein Bürgerverein trägt.

Beispiel Freientseen

2012 wurde im 850-Einwohner-Dorf Freientseen, Gemeinde Laubach, der Bürgerverein „Vogelsberger Generationennetzwerk/Nachbarschaftsfamilie“ gegründet. Dieser Verein, der bereits nach wenigen Wochen 140 Mitglieder hatte, befasst sich mit den Kernwünschen vieler älterer Dorfbewohner*innen, die auch im Alter im vertrauten Ort wohnen bleiben möchten, hier aber oft keine eigene Familie mehr haben: weil die Kinder weggezogen sind und woanders leben oder weil sie keine Kinder oder Verwandte haben. Für viele dieser allein lebenden Menschen hat deshalb die Nachbarschaft häufig die Funktion einer Abstammungsfamilie übernommen, und so entstand die Vision der „Nachbarschaftsfamilie“, wo man sich begegnen, sich helfen und gegenseitig informieren kann.

Das erste große Projekt dieses Bürgervereins ist die „Dorfschmiede Freientseen“, wozu bereits 2012 eine gemeinnützige GmbH Dorfschmiede gegründet wurde. In der Dorfmitte von Freientseen wird nun seit 2013 ein schon länger leer stehendes, denkmalgeschütztes Fachwerkensemble revitalisiert und zu einem „Haus der Begegnung“ ausgebaut. Dieses erhält ein komplexes altersgerechtes Angebot: einen Tagespflegebereich mit 12 Plätzen, einen Dorfladen (es gab keinen mehr im Ort), betreutes Wohnen, Begegnungsstätte mit Café, Demenzbetreuung zum physischen und mentalen Fithalten älterer Menschen. Zentraler Ort der Dorfschmiede wird eine Küche sein, in der gemeinsam gekocht und gegessen werden kann. „Dann schmeckt’s auch wieder“, ist sich Ulf Häbel sicher, der als pensionierter Pfarrer und Hobbylandwirt das Projekt

„Nachbarschaftsfamilie“ initiiert und als treibende Kraft begleitet hat. Oft hat er die Klagen gehört von den Alten, die jeden Tag allein und appetitlos am Tisch sitzen, vor sich eine eingeschweißte Mahlzeit, die das „Essen auf Rädern“ auf die Treppe gestellt hat. Sein Motto lautet: „Wir buchstabieren A-L-T nicht: Arm, Lahm und Teuer, sondern Am Leben Teilhaben – bis zum Schluss!“ Die „Dorfschmiede Freienseen“ steht inzwischen kurz vor der Fertigstellung und ist schon jetzt ein nachahmenswertes Beispiel für die innovative Vision und Kraft einer Dorfgemeinschaft und einer klugen und charismatischen Führungspersönlichkeit.

Beispiel Bohnentaler Selbermacher

Seit Anfang 2015 läuft im Saarland das Projekt „Bohntentaler Selbermacher“, an dem sich die fünf Dörfer Lindscheid, Neipel, Überroth-Niederhofen, Scheuern und Dorf aus den Gemeinden Tholey und Lebach beteiligen. Man pflegt hier alte Kulturtechniken, um u. a. die traditionelle Eigenwirtschaft im Obst- und Gartenbau, in der Tierhaltung und im Handwerk, beim Brotbacken und Haltbarmachen von Lebensmitteln wieder heimisch werden zu lassen und an die nächste Generation weiterzugeben. Man verfolgt ökologische, kulturelle und soziale Ziele und will damit auch die dörfliche Identität stärken.

Aufgaben ländlicher Kommunen

In welche Richtung haben sich die Aufgabenschwerpunkte der ländlichen Kommunen verändert und erweitert? Früher ging es den Bürgermeister*innen und Landrät*innen im ländlichen Raum vorwiegend um neue Gewerbe- und Baugebiete, um Wasser- und Abwasserversorgung sowie Anschlüsse an das Autobahnnetz. Heute steht eher die Bekämpfung und Steuerung von Schrumpfungsprozessen im Vordergrund. Zunehmend wird die innere, vor allem soziale Infrastruktur der Dörfer – Kinderbetreuung, Schule, Arzt oder Ärztin, Pflege und Betreuung von Senior*innen, Kranken und Behinderten, Vereine, Einkaufs-, Gastronomie-, Kultur- und Freizeitangebote – zum harten und bestimmenden Standortfaktor, und nach dem Sozialstaatsprinzip stehen Staat und Kommunen hier in der Verantwortung.

Nach einer Initiative aus dem Bundesfamilienministerium soll sich das Dorf umfassend, das heißt auch sozial und pädagogisch, zu einer selbstverantwortenden „Sorgenden Gemeinschaft“ entwickeln. Wer soll dies vor Ort in die Hand nehmen, organisieren? Auch hier kommt in erster Linie die Gemeinde als Ansprechpartnerin, Anlaufstelle oder Dorfmanagerin ins Spiel. Auch nach Auffassung des Deutschen Landkreistages müssen die Kommunen in Zukunft eine stärkere Verantwortung für die pflegerische Versorgung der lokalen Bevölkerung übernehmen.

Wie können und sollen die umfassenden und hohen Erwartungen an die ländliche Kommunalpolitik erfüllt werden? Eine eindeutige und präzise Antwort gibt Karl-Christian Schelzke, Geschäftsführender Direktor des Hessischen Städte- und Ge-

meindebundes: „Keine der großen kommunalen Herausforderungen kann ohne die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie ohne neue Formen der Kooperation und Vernetzung bewältigt werden. Es gibt für die Zukunftsfragen unserer Gemeinden keine Generallösung. Im Mittelpunkt müssen die Menschen jeder einzelnen Kommune mit ihren Bedürfnissen und Interessen stehen. Wir beobachten als kommunaler Spitzenverband einen Paradigmenwechsel in der Politik. Die Bewegung geht weg vom abstrakten Bürger, von der Bürgerschaft als Objekt, als Planungsgröße, mitunter als Störfaktor, hin zum agierenden, zum aktivierten Citoyen, hin zur Bürgerkommune.“ (Schelzke 2014: 3 ff.)

Beispiel Weyarn

Zu den vorbildlichen Landgemeinden, in denen das Prinzip der Bürgerkommune schon seit etwa 15 Jahren entwickelt wird, gehört Weyarn in Oberbayern. Dessen langjähriger Bürgermeister Michael Pelzer beschwört den „Weg der Bürgergesellschaft“, der vom Geist der Freiheit und Solidarität getragen wird, von der Lust, sich einzumischen in die öffentlichen Angelegenheiten, vom Bewusstsein, nicht Kund*in, sondern Mitgestalter*in des gemeindlichen Lebens zu sein. In der 3.400-Einwohner-Gemeinde engagieren sich 200 bis 300 Bürger*innen direktdemokratisch in Bürgerwerkstätten und Arbeitskreisen und sind dabei gleichwertige Partner*innen von Bürgermeister, Rat und Verwaltung. Am Anfang stand eine umfangreiche Bestandsaufnahme dessen, was Weyarn ist und in Zukunft sein will. Und Weyarn wollte vor allem nicht in den Sog der Verstädterung durch den Raum München geraten, sondern vielmehr den Erhalt seiner ländlichen Eigenart und Lebensqualität. So wurde unter anderem ein Autohof verhindert, ein neues Schulhaus errichtet, ein Dorfladen gegründet, ein 4,5 km langer Kulturpfad geschaffen, eine Dorfchronik mit bisher fünf Bänden herausgegeben, eine Senioren-Hilfsbörse mit 25 Helfer*innen aufgebaut und eine ehrenamtlich geführte Bücherei mit 22 Mitarbeiter*innen eingerichtet.

Probleme und Herausforderungen

Das Leitbild der Bürgerkommune hat sich in Politik und Wissenschaft offiziell durchgesetzt. Aus staatlich-politischer Sicht gilt das Bürgerschaftliche Engagement als tragende Säule eines demokratischen, sozialen und lebendigen Gemeinwesens. Zugleich sind die Kommunen offenbar mehr denn je auf das Mitdenken, Mitgestalten und Mitmachen ihrer Bürger*innen angewiesen. Wie sieht nun die Realität in den Landgemeinden aus? Zwischen den hochgesteckten Leitbildern in politischen Sonntagsreden und der Wirklichkeit vor Ort bestehen krasse Gegensätze, das Fazit der Expert*innen fällt sehr nüchtern aus: Obwohl der Siegeszug der Bürgerbeteiligung unaufhaltsam scheint, gibt es generell kaum Fortschritte und zu viele Brüche, Widerstände und Stagnation zwischen Politik, Verwaltung und Bürger*innen. Politik und Verwaltung bremsen, es existieren zu viele Hürden und zu wenig Spielräume fürs

bürgerschaftliche Mitwirken. Grundsätzlich werden kleinen (ländlichen) Kommunen bessere Voraussetzungen zugesprochen, die Bürger*innen zu erreichen. Vielleicht kann das Dorf hier sogar eine Vorreiterrolle auf dem Weg zu einer aktiven Bürgergesellschaft übernehmen. Der bekannte Neurobiologe Gerald Hüther ist davon überzeugt. Für ein gutes Gelingen von gesellschaftlichem Mitwirken brauchen wir allerdings – so Hüther – eine neue Kultur der respektvollen Begegnung auf Augenhöhe zwischen allen Akteuren.

Fünf Thesen und ein Appell für die Zukunft

These 1

Raumordnung und Dorfforschung, Raumordner*innen und Dorfwentwickler*innen/Kommunalpolitiker*innen fremdeln einander. Dies liegt in der Sache, dem jeweiligen Blickwinkel begründet. Raumordner*innen sitzen in den (Regierungs-)Zentralen in Berlin, München oder Düsseldorf, haben das große Ganze im Visier und entwerfen Leitbilder und Pläne, die dem Gesamtstaat oder den jeweiligen Bundesländern gelten (deren Sinn will ich hier keineswegs per se infrage stellen). Dorfbetrachter*innen und Kommunalpolitiker*innen sitzen vor Ort und sehen, was sich positiv oder negativ verändert, und stellen auch fest, wie immer wieder bestimmte zentralistische Pläne und Programme dem Land, d. h. Dörfern und Kleinstädten, durch Fernsteuerung und Fremdbestimmung Schaden zufügen.

These 2

Ein wichtiges Beispiel: Die Raumordnung hat seit den 1970er-Jahren durch wiederholte Kommunale Gebietsreformen (ein harmloser Begriff, der suggeriert, dass etwas verbessert wird) dem Land massiven Schaden zugefügt. Mithilfe des Zentrale-Orte-Modells wurden in Deutschland über 20.000 Dorfgemeinden per Gesetz (diktatorisch von oben nach unten) aufgelöst, das heißt entmachtet und zu einer demokratischen Wüste gemacht. In über 20.000 Dörfern wurde das in Jahrhunderten gewachsene und bewährte Verantwortungs- und Handlungszentrum mit Bürgermeister*in und Gemeinderat beseitigt. Insgesamt hat man mit dieser demokratiefeindlichen „Reform“ auf dem Land über 300.000 ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker*innen beseitigt, d. h. ins Privatleben aufs Sofa, in Partykeller oder auf Golfplätze geschickt. Das Signal der Reform an die Hunderttausenden: Wir brauchen euch nicht mehr, wir brauchen das lokale Nachdenken, Verantworten und Handeln nicht mehr, wir brauchen die lokale Demokratie nicht mehr. Die Bewohner*innen der eingemeindeten Dörfer haben die Botschaft verstanden und sich zurückgezogen (Ausspruch in Fröndenberg: „Für Schmallenberg noch die Straße fegen? Nein!“ Bürgermeister einer ländlichen Einheitsgemeinde in Hessen: „Die Bürger machen bei uns nicht mehr mit: Wenn im Dorf A oder Z eine Bank umfällt, rufen die mich an.“). Die eingemeindeten Dörfer,

die bis heute als „vollständige Orte“ in der Landschaft liegen, wurden zu „Ortsteilen“ degradiert, was schon eine sprachliche Diskriminierung darstellt.

Das rigide Zentrale-Orte-Eingemeindungsmodell wurde seinerzeit als wissenschaftliches Modell verkauft, tatsächlich ist es aus heutiger Sicht ein Modell der 1960er-, eigentlich aber der späten 1930er- und frühen 1940er-Jahre. Das bessere Modell: die kleine selbstverantwortliche Dorfgemeinde im Rahmen einer Verbands-, Verwaltungs-, Samt- oder Amtsgemeinde wie in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern oder Baden-Württemberg.

In den 1980er-Jahren begann ein intensiveres Nachdenken über die Nachteile des zentralistischen Durchsteuerens von oben nach unten und speziell der Gemeindeauflösungen durch Gebietsreformen. 1990 wurde das neue Raumordnungs-Leitbild der endogenen Entwicklung etabliert, das Hoffnung machte. Nach der Wiedervereinigung verzichteten die neuen Länder zunächst weitgehend auf Zwangseingemeindungen, beließen den Dorfgemeinden ihre Autonomie und führten Verwaltungsgemeinschaften und Ämter ein. Inzwischen haben jedoch auch sie mehrfache Gemeinde- und Kreisgebietsreformen durchgeführt und damit in Tausenden Dörfern die Selbstverwaltung beseitigt und zigtausend ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker*innen auf dem Lande aus ihren Ämtern entlassen.

These 3

Fast alle Dörfer haben durch den rasanten ökonomischen und sozialen Wandel wesentliche Kerne ihrer öffentlichen und privaten Infrastruktur eingebüßt. Als Stichworte seien genannt: Schule, Polizei, Gasthof und Laden. Um diese Verluste aufzufangen, brauchen die Dörfer mehr denn je das Mitdenken und Mitmachen der Dorfbewohner*innen – in den eingemeindeten wie in den autonom gebliebenen Dörfern. Das gilt für die traditionellen Vereine und Kirchengemeinden, die neuen Bürgervereine und Aktionsgruppen, um Läden, Gasthöfe, Freibäder, Schulen, Kitas oder dörfliche Treffpunkte für jedermann zu betreiben. Dafür brauchen die Dörfer aber auch Freiräume und Unterstützung – sowohl durch die Kommunen als auch durch die Zentralen in Politik und Gesellschaft. Wir brauchen aber auch den gesunden Wettbewerb zwischen den Dörfern, damit klar wird, dass lokale Anstrengung sich lohnt.

These 4

Die einseitige Bevorzugung zentraler Orte nach Gebietsreformen befördert den flächenhaften Rückzug der Dorfbewohner*innen aus dem ehrenamtlichen Engagement. Dies gilt vor allem für die eingemeindeten Dörfer, aber letztlich auch für die als Zentralorte deklarierten Dörfer. Das zentralistische Durchsteuern von Respekt und Unterstützung, d. h. salopp von Daumen hoch und Daumen runter für jedes Dorf, fördert die Gefahr, dass die große Mehrheit der deutschen Dörfer sich abgehängt fühlt und resigniert.

Nach den dorf- und demokratiefeindlichen Gebietsreformen „erfindet“ die Raumordnung immer neue „Schikanen“ für das Land. Im LEP-Entwurf des Landes NRW

wird allen Dörfern unter 2.000 Einwohner*innen zukünftig jede Wohnbau- und Gewerbeentwicklung untersagt, ein Willkürakt gegen das Land. Im LEP Brandenburg existieren seit 2009 keine Grundzentren mehr, Dörfer und kleine Städte hat man offenbar bereits aufgegeben. Weitere Gemeinde- und Kreisreformen sind geplant. Dem bereits strukturschwachen Landkreis Uckermark droht ein weiterer K.o.-Schlag durch die Landesplanung: Man will ihn mit dem Landkreis Eberswalde zusammenlegen und die Verwaltung von Prenzlau nach Eberswalde verlagern.

These 5

In neuen Studien werden die Kosten der Gebietsreformen für das Land immer deutlicher: Selbst die immer wieder versprochenen und als Hauptargument benutzten finanziellen Einsparungen gibt es nicht. Gebietsreformen bringen keinerlei finanzielle Kostengewinne, weder für die Großkreise noch für die Großgemeinden. Dörfer mit 1.000 Einwohner*innen, die eine selbstständige Gemeinde blieben, haben sich (nach Einwohnerzahl und Infrastruktur) besser entwickelt als gleich große eingemeindete Dörfer. Generell verursachen Gebietsreformen vor allem aber hohe soziale und demokratischen Kosten: Die Dorfbewohner*innen sehen, dass ihre zuständigen Behörden und demokratischen Gremien immer weiter weg sind, dass sie immer geringere Chancen haben, gehört zu werden oder gar mitzuwirken. Sie fühlen, dass der Staat sich von ihrer lokalen Basis abgewendet hat. Das Vertrauen der Bürger*innen in Staat und Demokratie schwindet. Sie fühlen sich von der hohen Politik vernachlässigt, sie wenden sich ab und engagieren sich nicht mehr, sie wählen nicht mehr oder aber Protestparteien, Resignation und Wut machen sich breit. Die fehlende Nähe einer lokalen Politik und die Unzufriedenheit mit den anonymen Großstrukturen führen zu einer wachsenden Politik-, Parteien-, Staats- und Demokratieverdrossenheit.

Wie der Staat verhalten sich auch andere gesellschaftliche Zentralen. Viele Bischöfe der katholischen wie der evangelischen Kirche verordnen flächendeckende Auflösungsprogramme für Dorfpfarreien und beseitigen damit auch Hunderttausende ehrenamtliche Mitarbeiter*innen auf dem Lande. Kurz gesagt: Amtskirche beseitigt Volkskirche.

Appell für die Zukunft

Mein Appell an die zentralen Entscheider*innen in Politik und Gesellschaft:

- Stärkt generell die ländlichen Gemeinden durch mehr Freiheiten, Rechte und Verbesserungen der finanziellen Basis. Zeigt ihnen, dass sie die Keimzelle des Staates und die Schule der Demokratie sind. Demokratie heißt Mitmachen, sich engagieren. Sie beginnt und übt sich am besten in kleinen, überschaubaren Räumen.
- Gebt den noch selbstständigen Dorfgemeinden und Dorfpfarreien mehr Respekt und Unterstützung, damit sie motiviert und engagiert ihren Einsatz für das Gemeinwohl fortsetzen können.

- Beendet die fortgesetzte Entmündigung der Dörfer (zum Beispiel durch Verbote der Bau- und Gewerbeentwicklung) und damit das weitere „innere Dorfsterben“.
- Wenn es dem Staat wirklich ernst ist, die demokratische Basis des Volkes auf dem Lande wiederherzustellen, ist auf Bund- und Länderebene ein wirkliches Umdenken vonnöten: Gebt der – durch zentralistische „Reformen“ – entmachteten Mehrheit der deutschen Dörfer und Kleinstädte ihre Autonomie mit Bürgermeister*in und Gemeinderat und damit ihre eigentliche lokale Kraft zurück! In jedem Dorf sollte das demokratische Denken, Fühlen und Handeln für den Ort wieder möglich und eine kommunale Instanz mit Befugnis vorhanden sein. Jedes Dorf wird dann wieder seinen wichtigen Beitrag im Staatsaufbau leisten, wenn man dies zulässt.
- Beendet generell das zentralistische Durchsteuern von oben nach unten. Beendet das Beseitigen von Dorfgemeinden und Dorfpfarreien. Vertraut der Kompetenz, dem Engagement und dem Gemeinwohldenken der Dorfbewohner*innen. Vertraut dem Subsidiaritätsprinzip im Staatsaufbau. Stellt den Staat und die Demokratie wieder vom Kopf auf die Füße.

Literatur

Schelzke, K.-C. 2014: Kommunaler Schutzschirm und freiwillige Leistungen. In: Mitteilungen (Hrsg.), Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum, Heft 7, März 2014, 3 ff.

Prof. Dr. Gerhard Henkel

ist Humangeograf und befasst sich seit Jahrzehnten mit der historischen und aktuellen Entwicklung des ländlichen Raumes. Im Herbst 2016 ist von ihm im dtv-Verlag das Buch „Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist“ erschienen. Wesentliche Teile des vorliegenden Textes basieren auf Ausführungen aus diesem Buch.